



© Lucas Hütter

Liebe Leserinnen und Leser!

Am 3. Oktober haben wir den Tag der Deutschen Einheit gefeiert, dieses Jahr ausgerichtet vom Saarland mit einem Festakt und Bürgerfest.

Die Freude, die dort spürbar war, spiegelt sich jedoch aus meiner Sicht nicht in den öffentlichen Debatten wider. Offen gesagt, die Diskussion um eine angebliche Benachteiligung der „Ostdeutschen“ erscheint mir nicht nachvollziehbar. Wir hatten 16 Jahre eine ostdeutsche Bundeskanzlerin, und auch das Amt des Bundes- und Bundestagspräsidenten war bereits in ostdeutscher Hand.

Ja, es stimmt: Netzwerke und wirtschaftliche Entwicklungen, die sich in der alten Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg gebildet haben, lassen sich nicht so schnell aufholen. Erinnern sollten wir aber, dass die kommunistische Diktatur uns daran gehindert hat, unsere Potenziale voll zu entfalten. Ich finde, wir haben allen Grund, stolz und dankbar zu sein.

Wie Kurt Tucholsky schon vor über 100 Jahren sagte: „Auch wenn ein Deutscher nichts hat, Bedenken hat er.“

In diesem Sinne: Lassen Sie uns nicht in altbekannte Klagen verfallen!

Antrittsbesuch der UOKG beim Staatsminister für Kultur und Medien

Dr. Wolfram Weimer ist seit dem 6. Mai 2025 Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien und somit zuständig für Erinnerungskultur und Gedenkstättenpolitik sowie die finanzielle Förderung der UOKG-Geschäftsstelle. Am 18. August fand der offizielle Antrittsbesuch der UOKG e. V. beim Staatsminister im Bundeskanzleramt statt.

Ziel des Besuchs war es, die Arbeit der UOKG und ihrer Mitglieder persönlich vorzustellen und erste Gespräche über die zukünftige Zusammenarbeit zu führen. Es war ein konstruktives Gespräch, in dem die gemeinsamen Ziele wie die weitere Aufarbeitung der SBZ/ SED-Diktatur mittels der finanziellen Förderung von Vereinen und Initiativen sowie Gedenk- und Bildungseinrichtungen festgehalten wurden. Außerdem wurde verabre-

det, sich gemeinsam für die Einrichtung eines Lehrstuhls mit dem Arbeitstitel „DDR- und Kommunismusforschung. Repression und Widerstand“ stark zu machen.

In seiner Pressemitteilung vom 24. September 2025 teilte Staatsminister Weimer für 2026 eine Etatserhöhung um rund 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Das wären dann ca. 2,5 Milliarden Euro, die u.a. die Erinnerungsarbeit zur SED-Diktatur stärken sollen.

Weimer bestätigte außerdem die Pläne für den Bau eines zentralen Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft.

Im weiteren Verlauf lud der Staatsminister am 7. Oktober 2025 zum Fachgespräch „Aufarbeitung des SED-Unrechts“ ein und unser Vorsitzender nutzte die Chance zu einem weiteren Austausch.

Sandra Czech



© BKM bundesfoto Zöhre Kurc

Antrittsbesuch von Dieter Dombrowski bei Dr. Wolfram Weimer

In eigener Sache

Ein Sommerabend voller Begegnungen – die UOKG zu Gast beim Campus-Kino

Am Donnerstag, den 7. August 2025, war die UOKG zu Gast beim Freiluft-Kino auf dem Campus für Demokratie in der Normannenstraße – und der Abend war ein voller Erfolg.

Bei bestem Sommerwetter kamen zahlreiche Besucherinnen und Be-

sucher, um Film, Diskussion und historische Aufklärung unter freiem Himmel zu erleben.

Als Special vor dem Spielfilm-Drama „Tamara“ (2023) präsentierten wir unser Kurzfeature „Zwangsarbeit in der DDR – Im Namen des Profits“.

Das Publikum verfolgte die bewegenden Inhalte und die Gesprächsrunde mit Dieter Dombrowski, der eindrücklich über das Thema Zwangsarbeit und die Verantwortung für die Aufarbeitung sprach.

Auch unser Aktionspavillon war ein gefragter Treffpunkt. Viele Gäste nutzten die Gelegenheit, sich zu informieren, Fragen zu stellen und ins Gespräch zu kommen. Bereits vor Filmstart boten Führungen über das historische Gelände spannende Einblicke in die Geschichte der ehemaligen Stasi-Zentrale.

Gemeinsam mit dem Bundesarchiv, dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten und der Robert-Havemann-Gesellschaft gelang ein Abend, der Kultur, Begegnung und politische Inhalte in einer besonderen Atmosphäre vereinte.

Vielen Dank an dieser Stelle an alle Beteiligten, die dieses Event möglich gemacht haben.

Sebastian Sachse



Das Team der UOKG am Infostand

Frauengefängnis Hoheneck wird Teil der „Frauenorte Sachsen“

Der Landesfrauenrat Sachsen hat am 12. Oktober 2025 in Anwesenheit von Mareike Schönle-Jennrich von der Gedenkstätte Hoheneck, der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Sachsen Nancy Aris und der Zeitzeugin Regina Labahn den 46. „Frauenort Sachsen“ mit einer Tafel eingeweiht.

Für das Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e. V. war stellvertretend für die Vorsitzende Konstanze Helber Margitta Becke eingeladen. Frau Becke, die von 1978-79 in Hoheneck inhaftiert war, trug mit ihrem emotionalen Redebeitrag dazu bei, diesen Ort zu beschreiben:

„Ich zittere immer noch bei jedem Besuch auf Hoheneck. Das Frau-

engefängnis Hoheneck, das zentrale und größte Frauengefängnis der DDR 1950-1989 für politisch verfolgte Frauen, ist nun der 46. Frauenort Sachsens. Freiheit war

BACKSTEINSCHWER UND FEDERLEICHT
Manchmal liegt die Last des Lebens
Backsteinschwer auf meiner Seele.

Dann stelle ich mir vor,
Die Backsteine seien Federn
Und puste.

SUSANNE OSWALD

unsere Hoffnung, Erinnern ist unser Auftrag. Ein Ort wird sichtbar. Die Anbringung der Tafel ist eine Erinnerung an die Geschichte dieser Strafanstalt, in der tausende Frauen zu Unrecht politisch inhaftiert waren.

Was für eine gute Entscheidung! Das Erinnern an die Erlebnisse der Betroffenen, das Bewältigen dieser schmachvollen Zeit, aber auch das Brückenschlagen in die Gegenwart ist uns allen, die wir uns heute zum Gedenken am ehemaligen Frauengefängnis Hoheneck treffen, ein wichtiges Anliegen.

Mit der Tafelweihe wird es zum Ort des Erinnerns, des Gedenkens, des Lernens, aber auch des Mahnens, dass Freiheit und Menschenwürde das höchste Gut unserer Demokratie sind.

Danke für die Wertschätzung! Möge das heutige Gedenken der zukünftigen Generation Mut machen.“

Konstanze Helber, Margitta Becke

3. Bundesfrauenkongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ/DDR in Dessau

Vom 26. bis 28. September 2025 fand in Dessau-Roßlau der Dritte Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ und DDR statt.

Die Wahl des Tagungsortes war bewusst getroffen: In Dessau existierte ab 1974 ein Haftarbeitslager, in dem zunächst rund 300, später bis zu 1.000 meist junge Frauen inhaftiert waren. Während ihrer Haft wurden sie zu Zwangsarbeit in verschiedenen Betrieben verpflichtet – unter anderem im VEB Fotochemisches Kombinat Wolfen und im Elektromotorenwerk VEB Elmo Dessau.

Rund 110 Gäste aus allen Ecken Deutschlands kamen zu diesem Kongress zusammen – darunter vor allem Frauen, die in der DDR aufgrund politischer Gründe inhaftiert, überwacht oder anderweitig verfolgt worden waren.

Ziel der Veranstaltung war es, die Erfahrungen dieser Frauen sichtbar und öffentlich zu machen, das erlittene Unrecht weiter aufzuarbeiten und den gegenseitigen Zusammenhalt der Betroffenen zu

stärken. Zugleich sollten konkrete Forderungen an Politik und Gesellschaft formuliert werden, um eine angemessene Anerkennung und Entschädigung sowie eine histori-

sche Aufklärung auf diesem Gebiet sicherzustellen. Im Mittelpunkt des Kongresses standen die persönlichen Berichte der Betroffenen. In bewegenden Beiträgen schilderten die Frauen ihre Inhaftierungen, die Verhöre durch die Staatssicherheit, psychische und physische Misshandlungen sowie den Verlust von Familie, Beruf und gesellschaftlicher Stellung.

Viele erzählten auch von der sozialen Ausgrenzung, die sie nach ihrer Freilassung weiterhin erlebten.

Erstmals kamen auch Kinder von verfolgten Frauen zu Wort. Besonders eindrücklich berichteten Töchter von den Erfahrungen während der Haftzeit ihrer Mütter – von Trennungen, Angst und dem Schweigen, das oft viele Jahre über

der Vergangenheit lag. Ebenso berührend war der Beitrag eines Sohnes, der als adoptiertes Kind über seine Suche nach der leiblichen Mutter sprach. Sein Bericht über den mühsamen Weg der Rehabilitation nach dem sogenannten

„Asozialen-Paragrafen“ machte deutlich, wie tief das Unrecht auch über Generationen hinweg in die Lebenswege hineinwirkte.

Diese Berichte zeigten eindrucksvoll, dass die angeblich „soziale“ DDR sich nicht um ihre Bürgerinnen und Bürger sorgte und ihnen Hilfestellung bot, sondern andersdenkende und -lebende Menschen systematisch kriminalisierte, ausgrenzte und ihren Lebensweg zerstörte.



Resilienz-Workshop mit Tatjana Janda

Besonders hervorgehoben wurden folgende Themen:

- Der notwendige Dialog zwischen den Betroffenen innerhalb der Familien
- Die Trennung von Müttern und Kindern während der Haft
- Die Situation in der Strafvollzugsabteilung für Frauen in Dessau
- Die systematische Diskriminierung von Frauen in den Venerologischen Stationen
- Die Kriminalisierung von Frauen, die nach § 249 DDR-StGB („Asoziales Verhalten“) verurteilt wurden

Darüber hinaus fand ein Workshop zur Resilienz statt, in dem die Teilnehmenden gemeinsam darüber sprachen, wie sie trotz der traumatischen Erfahrungen Wege der Stärke und Selbstheilung finden konnten.

Zum Abschluss des Kongresses verabschiedeten die Teilnehmenden eine Resolution, die unter

weiter auf Seite 4



Podiumsdiskussion „Transgenerationale Weitergabe“

stärken. Zugleich sollten konkrete Forderungen an Politik und Gesellschaft formuliert werden, um eine angemessene Anerkennung und Entschädigung sowie eine histori-

Bericht vom 3. Bundesfrauenkongress – Fortsetzung von Seite 3

anderem die untenstehenden Forderungen enthält.

Der Kongress war von tiefen Emotionen geprägt – viele Beiträge bewegten die Anwesenden zu Tränen.



Vortrag „Venerologische Stationen in der DDR“

Gleichzeitig wurde deutlich, wie wichtig diese Form des Austauschs ist: Die Rückmeldungen waren durchweg positiv. Viele Teilnehmerinnen reisten gestärkt ab –

im Bewusstsein, nicht allein zu sein und gemeinsam für Gerechtigkeit einzutreten.

Die UOKG sowie das Forum für politisch verfolgte und inhaftierte

Frauen in der SBZ/SED-Diktatur kündigten an, sich weiterhin mit Nachdruck für die Anerkennung der weiblichen Opfer politischer Verfolgung und deren Kinder einzusetzen. Auch Vertreterinnen von Gedenkstätten, Aufarbeitungsinitiativen, die

anwesende SED-Opferbeauftragte und die Landesbeauftragten von Sachsen-Anhalt und Sachsen betonten die Bedeutung solcher Veranstaltungen für das kollektive

Gedächtnis und die demokratische Kultur Deutschlands.

Der Dritte Bundesfrauenkongress in Dessau war ein wichtiger Schritt zur Sichtbarmachung der Opferbiografien von Frauen und ihren Angehörigen in der DDR-Diktatur. Er trug nicht nur zur individuellen Verarbeitung des Erlebten bei, sondern setzte auch ein starkes politisches Signal für Gerechtigkeit, Erinnerung und Aufklärung. Wir danken allen Betroffenen, Angehörigen, Gästen und helfenden Händen für ihren Beitrag zum Gelingen des Kongresses sowie dem Hotel Radisson Blu Dessau für die warmherzige und professionelle Betreuung.

Auf der Webseite der UOKG finden Sie ab Ende 2025 die Video-Mitschnitte der Vorträge und Podien des Kongresses sowie eine gedruckte Publikation.

Sandra Czech
Sebastian Sachse

Resolution des Dritten Bundesfrauenkongresses in Dessau

Anerkennung der Kinder politisch verfolgter und inhaftierter Frauen als „Opfer des SED-Regimes“. Eine gesetzliche Regelung für diese bislang übersehene Opfergruppe ist dringend erforderlich und längst überfällig.

Anerkennung und Entschädigung der Zwangsarbeit, die politisch Inhaftierte in DDR-Betrieben leisten mussten.

Zudem soll die Erforschung der Zwangsarbeit und ihrer Folgeschäden gefördert sowie die medizinische und psychologische Versorgung der Betroffenen verbessert werden.

Anerkennung und Entschädigung von Frauen, die im Rahmen unterschiedlicher Verfolgungsmaßnahmen durch die SBZ- und DDR-Behörden sexualisierter Gewalt ausgesetzt waren.

Stärkung der digitalen pädagogischen Bildungsarbeit in den Gedenkstätten, um insbesondere junge Menschen an diesen außerschulischen Lernorten für die Geschichte der SED-Diktatur zu sensibilisieren.



Konstanze Helber und Evelyn Zupke

Erfolg vor dem Verfassungsgerichtshof Berlin – Rechte von Betroffenen gestärkt

Ein Betroffener, der in der DDR zu einer Haftstrafe verurteilt worden war, konnte mit Unterstützung der juristischen Beratungsstelle der UOKG einen wichtigen Erfolg erzielen. Der Verfassungsgerichtshof Berlin gab seiner Verfassungsbeschwerde statt und stellte fest, dass das Kammergericht den Sachverhalt nicht ausreichend von Amts wegen aufgeklärt hatte. Statt sich eigenständig mit den Hinweisen auf eine politische Mitursächlichkeit zu befassen, hatte es im Wesentlichen auf die Feststellungen der DDR-Justiz zurückgegriffen.

Der Verfassungsgerichtshof betonte, dass Gerichte verpflichtet sind, allen Hinweisen auf politische Hintergründe nachzugehen und sämtliche Möglichkeiten der Amtsermittlung auszuschöpfen. Für die Überzeugungsbildung genügt dabei eine überwiegende

Wahrscheinlichkeit. Auch die Gesamtwürdigung vieler Umstände oder eine ungewöhnlich harte



Strafe können entscheidende Hinweise sein.

Das Verfahren wurde an das Kammergericht zurückverwiesen. Dieses kann den Antrag zwar erneut ablehnen, muss dabei jedoch die

Grundrechte des Betroffenen stärker berücksichtigen. Die Chancen auf eine Rehabilitation haben sich damit spürbar verbessert.

Besonders hervorzuheben ist, dass es sich bereits um die dritte Verfassungsbeschwerde handelt, die von der juristischen Beratungsstelle der UOKG verfasst und beim Verfassungsgerichtshof Berlin eingereicht wurde – und alle drei waren erfolgreich. Dies zeigt nicht nur die Wirksamkeit der Arbeit der Beratungsstelle, sondern macht auch deutlich, dass es bei den Rehabilitierungsgerichten erhebliche Defizite gibt.

Der Beschluss vom 25. Juni 2025 trägt das Aktenzeichen VerfGH 83/23. Die gesamte Entscheidung kann hier nachgelesen werden: [\[www.tinyurl.com/UOKG2251\]](http://www.tinyurl.com/UOKG2251)

Martina Kegel

Internationaler ALDI-Aktionstag am 21. Juni 2025

Dass die ALDI-Konzerne von Haftzwangsarbeit in der DDR profitiert haben, ist hinlänglich bekannt. Die Konzernleitungen sind bis heute nicht bereit, auf die betroffenen Frauen zuzugehen und Verantwortung zu zeigen. Selbst die Zurkenntnisnahme der Ergebnisse unserer Vorstudie zur Haftzwangsarbeit in der DDR, im Zuge derer neben den harten Arbeitsbedingungen sowie großen psychischen Belastungen vor allem die Lieferketten bis in die ALDI-Regale aufgezeigt wurden, lassen die Verantwortlichen in den Chefetagen der Konzerne kalt.

Die 35 Jahre nach der Deutschen Wiedervereinigung immer noch auf ein Zeichen von ALDI wartenden Frauen erhalten schon seit Jahren Beistand von der UOKG. Nun sollen verstärkt politische Akteure zur Unterstützung gewon-

nen werden. Vielversprechende Gespräche in diese Richtung laufen bereits. Darüber hinaus sollen im Rahmen einer angestrebten Hauptstudie die Ergebnisse der Vorstudie untermauert und ausgebaut werden.

Weiterhin werden aber auch die „kleinen Nadelstiche“ wie das Verteilen von Flyern in ALDI-Supermärkten sowie das Informieren von ALDI-Kunden über die Verweigerungshaltung des Konzerns fortgeführt.

Protestaktionen am 21. Juni 2025 in Verbindung mit dem UOKG-Verbandetreffen,

die von Berlin ausgehend am gleichen Tag in Warschau, Budapest und Washington, ja sogar in Sydney durchgeführt wurden, sollen dem Konzern zeigen, dass die betroffenen Haftzwangsarbeiterinnen auf eine breite Solidarität bauen können. Wir bleiben dran!

Peter Keup



Protestaktion der UOKG im Juni 2025 in Berlin

Gedenken zum 80. Jahrestag der Verlegung des Speziallagers in Sachsenhausen

Am 6. und 7. September 2025 erinnerte die Gedenkstätte und das Museum Sachsenhausen sowie die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam an ein dunkles Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte: den 80. Jahrestag der Verlegung des so-

wjetischen Speziallagers Nr. 7 von Weesow nach Sachsenhausen.

Bei bestem spätsommerlichem Wetter fanden zahlreiche Besucherinnen und Besucher den Weg nach Oranienburg, um gemeinsam der Opfer zu gedenken und sich mit der Geschichte der Lager auseinanderzusetzen.

Im Speziallager Nr. 7/1 Sachsenhausen waren insgesamt rund 60.000 Frauen und Männer inhaftiert. Etwa 12.000 von ihnen überlebten die Lagerbedingungen nicht und starben an Hunger, Krankheiten und den entbehrungsreichen Haftumständen. Die Gedenkveranstaltungen würdigten ihr Schicksal und gaben Überlebenden sowie Angehörigen eine Stimme.

Den Auftakt bildete am Samstag die Eröffnung der Wanderausstellung „FRAUENHAFT. Sowjetische Repression und DDR-Strafvollzug (1945-1956)“ im Museum des Speziallagers. Im Zentrum der Ausstellung stehen zwölf Einzelschicksale von Frauen, die 1950 von Sachsenhausen nach Hoheneck überstellt wurden. Sie veranschaulichen auf eindrucksvolle Weise die Härte so-

wjetischer Repression und die Kontinuitäten von Unrecht im frühen DDR-Strafvollzug.

Nach einer Einführung folgte eine bewegende Podiumsdiskussion, an der neben der ehemaligen Inhaftierten Annemarie Krause und dem Zeitzeugen Alexander Latotz-

und Digitalisierung Brandenburg und der Berliner Bürgermeisterin Franziska Giffey.

Besonders in Erinnerung bleiben die bewegenden und mahnenden Worte der ehemaligen Inhaftierten Leonore Bellotti, die im vergangenen Jahr 100 Jahre alt wurde. Mit

einem Gebet von Pfarrer Friedemann Humburg und einer feierlichen Kranzniederlegung wurde den Toten des Speziallagers würdig gedacht.

Am Nachmittag stand erneut das Neue Museum im Mittelpunkt. Die Musikwissenschaftlerin und Musikerin Dr. Anna Barbara Kastelewicz stellte gemeinsam mit Dr. Astrid Ley,

Leiterin der Gedenkstätte Sachsenhausen, ihr Buch „Musik, wo Schweigen ist: Kultura und kulturelle Betätigung in den sowjetischen Speziallagern in der SBZ und DDR 1945-1950“ vor. Musikalische Beiträge rundeten die Präsentation ab und ließen erahnen,

welch besondere Rolle Kultur und Musik auch unter schwierigsten Bedingungen gespielt haben.

Die zweitägige Veranstaltung machte deutlich, wie wichtig die lebendige Erinnerung

an die Geschichte der sowjetischen Speziallager bleibt. Die zahlreichen Gäste nutzten die Gelegenheit, sich auszutauschen, zuzuhören und gemeinsam ein Zeichen gegen das Vergessen zu setzen.

Sebastian Sachse



© Sebastian Sachse

ky, der als Kind im Speziallager gefangen war, auch Katharina Gräb von der Gedenkstätte Leistikowstraße Potsdam teilnahmen. Der Sonntag begann mit einer Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof am ehemaligen Kommandantenhof. Nach einleitenden Worten

„Es werden bald keine Zeitzeugen mehr da sein.

Ich freue mich, dass man sich hier so große

Mühe gibt, das [Geschehene] der jüngeren

Generation nahezubringen.“ LEONORE BELLOTTI

des Direktors der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Prof. Dr. Axel Drecol, sowie des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e. V., Joachim Krüger, folgten Ansprachen von Dr. Benjamin Grimm, Minister der Justiz

Ein Denkmal der Schande: Warum Lenin aus Schwerin verschwinden muss

Am 14. Juni 2025 versammelten sich zahlreiche Demonstranten in Schwerin zu einer Mahnkundgebung am Lenin-Denkmal am Großen Dreesch.

Die Veranstaltung wurde organi-



siert von der UOKG e. V. und der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion. Unter dem Motto „40 Jahre Lenin in Schwerin sind genug!“ wurde ein deutliches Zeichen gesetzt, um auf die problematische Verklärung Lenins und seiner Taten aufmerksam zu machen.

Das Lenin-Denkmal wurde mit einem roten Tuch verhüllt, symbolisch für das viele Blut, das im Namen der Kommunisten vergossen wurde und für das er mitverantwortlich ist. Diese Aktion erinnert an die schweren historischen Folgen seiner politischen Entscheidungen und deren Auswirkungen auf unzählige Menschenleben, die von vielen heute noch geleugnet werden.

Anwesend waren neben dem Zeitzeugen Sigurd Blümcke auch Arndt Müller (Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen), Dieter Dombrowski, (Bundesvorsitzender der UOKG) und Stefan Krikowski (Vorsitzender der Lagergemeinschaft Workuta und Initiator)

sowie einige Nachkommen der Opfer der Sowjetischen Militärtribunale und ehemalige politische Häftlinge und Mitstreiter.

Besonders eindringlich äußerte Stefan Krikowski seine Kritik an der Entscheidung, das Lenin-Denkmal in Schwerin weiterhin aufrechtzuerhalten. Er bezeichnete die Präsenz dieses Denkmals als „eine Ohrfeige für alle Opfer der DDR-Diktatur“. Mit der Forderung: „Lenin muss weg!“ rief

er zu einem Umdenken auf und forderte, das Erbe des Kommunismus kritisch zu hinterfragen. Die Anwesenden unterstützten diese Forderung – viele von Ihnen waren selbst politisch Verfolgte der SED-Diktatur.

Die Diskussion um die Figur Wladimir Iljitsch Lenins und dessen Wirken ist in der heutigen Zeit von großer Relevanz. Während Marx und Engels nach wie vor als bedeutende historische philosophische Figuren und Denker gesehen werden, bleibt die kritische Auseinandersetzung mit Lenin oft komplett aus. Dabei verhinderte Lenin nach dem Zusammenbruch des russischen Zarenreichs im Jahr 1917 die Entwicklung Russlands zu einer Demokratie und legte den

Grundstein für einen totalitären Staat, der durch Gewalt und Terror geprägt wurde.

Lenin war noch vor Joseph Stalin der Urheber des Staatsterrors. Unter seinem Regime wurden politische Gegner willkürlich verfolgt und massenhaft hingerichtet. Die Schaffung der ersten Konzentrationslager in Europa geht auf seine Initiative zurück. Zudem begründete er die Ein-Parteien-Diktatur, die viele Länder, darunter auch die DDR, erlebten. Den Höhepunkt dieser repressiven Strategie stellte die Gründung der Geheimpolizei „Tscheka“ dar, die weitreichende Vollmachten zur Bekämpfung freiheitlicher und demokratischer Bestrebungen erhielt.

In Schwerin wurden zwischen 1950 und 1953 rund 100 Frauen und Männer von sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt und anschließend in Moskau erschossen. Viele dieser Urteile wurden nach 1990 vom Obersten Gerichtshof der Sowjetunion aufgehoben, was die Unrechtmäßigkeit dieser Maßnahmen unterstreicht. Die Na-



men dieser 97 unschuldigen Menschen wurden am 14. Juni 2025 verlesen. Sie sind nicht vergessen!

weiter auf Seite 8

Ein Denkmal der Schande – Fortsetzung von Seite 7

Die Völker Osteuropas haben sich von der kommunistischen Propaganda befreit. In vielen ehemaligen sozialistischen Ländern wurden Denkmäler, die an diese herrschende Ideologie erinnern, abgebaut oder umgewidmet. Doch in

Schwerin steht Lenin in aller Pracht und wird weiterhin als Teil der städtischen Identität akzeptiert. Dies geschieht vielleicht aus einer Mischung aus Tradition, Ignoranz und mangelndem politischem Willen, die Geschichte kri-

tisch zu reflektieren.

Die Mahnkundgebung in Schwerin war ein weiterer Schritt in die richtige Richtung, der auch als Vorbild für andere Kommunen dienen könnte. Demokratische Gesell-

schaften müssen sich ihrer Vergangenheit stellen, Missstände benennen und aufarbeiten, um aus den Fehlern der Geschichte zu lernen und eine gerechtere Zukunft zu gestalten. Dazu reichen nicht inhaltsleere Wortphrasen an Gedenktagen. Diesen Worten sollten auch Taten folgen.

Insgesamt zeigt sich, dass es einen unbedingten Handlungsbedarf gibt, um die Themen der kommunistischen Unterdrückung und politischen Verfolgung aktiv zu thematisieren. Nur so kann ein nachhaltiger Prozess der Aufarbeitung und Versöhnung stattfinden, der sowohl den lebenden Opfern als auch den zukünftigen Generationen gerecht wird.

Andre Rohloff



Erneute Kontroverse um die Lenin-Statue bei Tagung in Schwerin

Am 25. September 2025 lud der Landesbeauftragte MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Burkhard Bley zur Tagung „Verurteilt in Schwerin – erschossen in Moskau“ nach Schwerin ein. Thema waren die kommunistischen Repressionen im Norden der SBZ/DDR und der Umgang mit dem belasteten Kunsterbe des Lenin-Standbilds am Großen Dreesch.

Der Historiker Prof. Jörn Happel aus Hamburg und die Historikerin Dr. Natalja Jeske aus Rostock ordneten das Thema in den historischen Kontext ein. Stefan Krikowski, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Workuta, schilderte das Schicksal seines Vaters, der mehrere Jahre Haft im Gulag überlebte. Amélie zu Eulenburg von der Bundesstiftung Aufarbeitung betonte die Notwendigkeit, DDR-Kunstwerke kritisch zu kontextualisieren – und fragte, ob ihre dauerhafte Präsenz im öffentlichen Raum der Erinnerung oder der Verklärung diene.

Für Überraschung sorgte Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier (SPD), der während der Tagung verkündete, das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege habe die Eintragung des Lenin-Denk-

mals in die Denkmalliste veranlasst. Er sprach von einer „Chance zur konstruktiven Auseinandersetzung mit der Geschichte“. Viele Teilnehmende empfanden dies als Provokation und Missachtung der Opfer des sowjetischen Terrors.

Lenin steht nicht für Freiheit, sondern für Unterdrückung, Gewalt und Entmenschlichung. Zahlreiche Länder Osteuropas haben ihre Lenin-Statuen längst demontiert oder an Orte überführt, an denen sie kritisch eingeordnet werden können.

Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen fordern stattdessen, anstelle Lenins ein Denkmal für Arno Esch zu errichten, den jungen Liberalen, der 1951 nach einem sowjetischen Tribunal erschossen wurde. Sein Satz „Mein Vaterland ist die Freiheit“ wäre ein würdiges Leitmotiv für einen Ort, der bisher einen Diktator ehrt.

News Flash: Einige Zeit nach der Tagung wurde das Denkmal tatsächlich unter Schutz gestellt – eine Entscheidung, die viele als falsches Signal empfinden. Denn Geschichte bewahren heißt nicht, Täter zu ehren, sondern sich an die Opfer zu erinnern.

Sebastian Sachse

Holzkohle und Zigarren für Europa – Zwangsarbeit in Kubas Straflagern

Kuba ist eine der letzten kommunistischen Diktaturen der Welt. Während in Havanna Touristen Oldtimer fotografieren und die Regierung mit revolutionären Parolen die „soziale Gleichheit“ anpreist, existiert hinter den Mauern der Gefängnisse ein anderes, verborgenes Kuba – ein System der Gewalt und der Zwangsarbeit, das politische Gegner und gewöhnliche Häftlinge gleichermaßen trifft.

Ein aktueller Bericht der Menschenrechtsorganisation Prisoners Defenders [www.tinyurl.com/UOKG2252] zeigt, wie die kubanische Regierung ein flächendeckendes Netz staatlich organisierter Ausbeutung betreibt – im Namen der „Resozialisierung“, in Wahrheit aber zur Kontrolle und wirtschaftlichen Stabilisierung der kommunistischen Diktatur.

Über 60.000 Inhaftierte müssen in mehr als 240 Gefängnissen und Straflagern arbeiten. Ob Zuckerrohr, Ziegel oder Tabak – kaum ein Sektor bleibt unberührt.

Die Arbeitstage dauern oft bis zu 15 Stunden, ohne Pausen, mit unzureichender Ernährung und ohne Sicherheitsvorkehrungen.

Wer sich weigert, wird bestraft: mit Isolation, Schlägen, Schlafentzug oder dem Entzug von Familienbesuchen. Auch medizinische Betreuung oder Haftverkürzung werden verweigert. Viele berichten, dass sie nur durch Arbeit Zugang zu lebensnotwendigen Dingen wie Seife, Kleidung oder Medikamenten erhalten – Arbeit wird so zur Überlebensfrage und zur Waffe der Unterdrückung.

Besonders betroffen sind politische Gefangene. Wer demonstriert oder das Regime kritisiert, landet oft in Straflagern, wo körperliche Arbeit zur „Umerziehung“ missbraucht wird. Diese Praxis verletzt grundlegende Menschenrechte und verstößt gegen internationale

Ein besonders zynisches Beispiel ist die Holzkohle aus der invasiven Pflanze Marabú. Sie wird oft von Gefangenen hergestellt, billig exportiert und in Europa als „nachhaltige Premium-Holzkohle“ verkauft – zu Preisen, die oft das Hundertfache des Einkaufspreises betragen. Was hier als „grünes Luxusprodukt“ beworben wird, ist in Wahrheit das Ergebnis von Zwangsarbeit und Elend in kubanischen Straflagern.

Die Europäische Union hat Ende 2024 ein Einfuhrverbot für Produkte beschlossen, die durch Zwangsarbeit hergestellt wurden. Doch das Gesetz tritt erst Ende 2027 in Kraft. Ohne politische Konsequenzen und genaue Überwachung von Lieferketten droht die Maßnahme jedoch reine Symbolpolitik zu bleiben. Für die Gefangenen in Kuba ist die Situation heute verzweifelt. Ihre Berichte erinnern an die Methoden der totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts – an eine Zeit, in der Arbeit zur Strafe, Schweigen zur Überlebensstrategie und Unterordnung zur Pflicht wurde.

Die UOKG sieht es als ihre Aufgabe, diese Zustände öffentlich zu machen. Zwangsarbeit war und ist ein Markenzeichen diktatorischer Herrschaft. Kubas Gefängnisse stehen als mahnendes Beispiel dafür, dass im Namen der „sozialistischen Befreiung“ noch heute Menschen entrechtet und misshandelt werden. Wo die Würde des Einzelnen dem Staat geopfert wird, endet jede Freiheit. Europa darf diesem Unrecht nicht länger tatenlos zusehen.

Sebastian Sachse



Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die Zwangsarbeit ausdrücklich verbieten.

Die staatliche Kontrolle reicht bis in den globalen Handel. Zahlreiche Produkte aus der Zwangsarbeit – etwa Holzkohle, Zucker oder Zigarren – gelangen über den internationalen Markt bis nach Deutschland. Westliche Unternehmen profitieren indirekt von diesem System, während das Regime seine Macht durch Deviseneinnahmen sichert.

Dokumentarfilm „The Spies Among Us“ holt Preise in Warschau und Portsmouth

Der Dokumentarfilm „The Spies Among Us“ (USA 2025) feierte am 10. Oktober 2025 auf dem Internationalen Filmfestival in Warschau seine Europa-Premiere und wurde anschließend als beste Doku ausgezeichnet. Kurz drauf gewann der Film auch auf dem Filmfestival in Portsmouth (USA). Diese Anerkennungen unterstreichen, dass es sich um einen hervorragend gestalteten Film handelt, der nicht nur ein neues Kapitel in der Aufarbeitung des Unrechts der zweiten Diktatur auf deutschem Boden aufschlägt, sondern zugleich einen eindrucksvollen Bogen in die Gegenwart spannt. Die Begründung der Jury lautet: „Der Dokumentarfilm zeigt am

Beispiel der Lebensgeschichte von Dr. Peter Keup, der als Historiker und Zeitzeuge in Berlin und Essen lebt und arbeitet, wie das Unterdrückungssystem der SED-Diktatur und des Ministeriums für Staatssicherheit funktioniert hat. Erstmals stoßen in diesem Film die Täter- und Opferperspektiven so ausführlich und eindrucksvoll aufeinander. Vor allem die Begegnung mit dem letzten Stasi-Chef offenbart,

dass die Gedankenwelt der Stasi weiterlebt und weiterhin wirksam wird.“ Der Film läuft bislang noch nicht in Deutschland.

[www.thespiesamongus.film]

Peter Keup



© Pressefoto Warsaw Film Festival

Mitwirkende und Filmteam in Warschau

Sybille Krägel erhält Bundesverdienstkreuz am Bande

Am 15. September 2025 wurde Sybille Krägel von der „Initiativgruppe NKWD-Lager Tost 1945“ im Hamburger Rathaus mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Die 88-Jährige erhielt die Ehrung für ihr jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement bei der historischen Aufarbeitung des ehemaligen sowjetischen NKWD-Lagers Tost/Toszek in Polen.

Seit über 30 Jahren widmet sich Krägel der akribischen Rekonstruktion der Lagergeschichte. Aus einer persönlichen Spurensuche nach dem Schicksal ihres Vaters, der 1945 in Toszek ums Leben kam, entwickelte sie eine umfassende Forschungsarbeit. Sie entzifferte russische Häftlingslisten, identifizierte hunderte Opfer, dokumentierte Schicksale und trug zur Errichtung eines würdigen Gedenkortes bei. Ihre Liste umfasst inzwischen mehr als 4.500 Namen der Internierten.

Sybille Krägel organisiert zahlreiche deutsch-polnische Gedenkfahrten, pflegt enge Kontakte zu Überlebenden und Angehörigen und wirkt maßgeblich an Publikationen sowie der Vorbereitung von Suchmaßnahmen nach Massengräbern mit. Für ihre Arbeit wurde sie bereits zur Ehrenbürgerin der polnischen Stadt Toszek ernannt.

Mit ihrer Beharrlichkeit und Menschlichkeit hat Sybille Krägel nicht nur unzähligen Familien Gewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen verschafft, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur deutsch-polnischen Versöhnungskultur geleistet. Ihre Auszeichnung im Hamburger Rathaus würdigt diese herausragenden Verdienste.

Wir gratulieren Sybille Krägel von ganzem Herzen für die verdiente höchste Auszeichnung und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit!

Sebastian Sachse



© Sandra Czech

Ehrung von Sybille Krägel im Hamburger Rathaus

Mitgliedsverbände der UOKG

AG Lager Sachsenhausen 1945-1950 e. V.
Berlin

Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
Neubrandenburg, Mecklenburg-Vorpommern

Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen (AIZ)
Berlin

Bund der Vertriebenen e. V. (BDV)
Bonn, Nordrhein-Westfalen

Cottbuser Häftlingsgemeinschaft
Cottbus, Brandenburg

DDR-Museum in Pforzheim
Pforzheim, Baden-Württemberg

Doping-Opfer-Hilfe e. V.
Berlin

Durchgangsheim Kindergefängnis Bad Freienwalde
n. e. V.
Fürstenwalde, Brandenburg

Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e. V.
Neustadt (Dosse), Brandenburg

Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen
der SBZ/DDR Diktatur e. V.
Berlin

Freiheit e. V. – Förderverein Gedenkstätte
Andreasstraße e. V.
Erfurt, Thüringen

Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges
KGB-Gefängnis Potsdam e. V.
Potsdam, Brandenburg

Gedenkort Lindenberg e. V.
Neustrelitz, Mecklenburg-Vorpommern

Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden –
Erkenntnis durch Erinnerung e. V.
Dresden, Sachsen

Initiative verfolgter Schüler und Studenten
Berlin

Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e. V.
Lieberose, Brandenburg

Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf
e. V.
Fürstenwalde, Brandenburg

Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V.
Mühlberg (Elbe), Brandenburg

Initiativgruppe NKWD-Lager Tost/Oberschlesien
1945
Hamburg

Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-
Flüchtlinge e. V. (IEDF)
Mannheim, Baden-Württemberg

Interessengemeinschaft ehemaliger politischer
Brandenburger Häftlinge 1945-1989
Brandenburg

Interessengemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-
Diktatur und ihrer Folgen
Milower Land, Brandenburg

Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter
Sachsen-Anhalt e. V.
Berlin

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
e. V. (IGFM)
Frankfurt am Main, Hessen

Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion
e. V.
Berlin

Menschenrechtszentrum Cottbus (MRZ)
Cottbus, Brandenburg

OvZ-DDR e. V. – Hilfe für Opfer von DDR-
Zwangsadoptionen
Berlin

PatriaYVida e. V.
Dresden, Sachsen

Pro Universitätskirche e. V.
Leipzig, Sachsen

Stiftung DDR-Zwangsarbeit e. V.
Berlin

Süddeutscher Freundeskreis Hoheneckerinnen
Rottenburg, Baden-Württemberg

Verband politisch Verfolgter des Kommunismus
e. V. (VPVDK)
Berlin

Verein zur Förderung der Projektwerkstatt
„Lindenstraße 54“ e. V.
Potsdam, Brandenburg

VOK Deutschland e. V. - Vereinigung der Opfer
des Kommunismus
Wittenberge, Brandenburg

VOS Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Berlin

Assoziierte

Ehemalige Politische Häftlinge in der CDU

Ehemalige Politische Häftlinge in der SPD

